

# »Es ist wirklich ernst«

Noch nie war ein amerikanischer Präsident so mächtig wie demnächst Donald Trump. Ein Gespräch mit dem US-Verfassungsrechtler Bruce Ackerman



Demonstranten in New York sorgen sich: Gehören zum Trump-Team auch Antisemiten?

**DIE ZEIT:** Herr Professor Ackerman, wenn Donald Trump im Januar ins Amt kommt, kontrolliert er das Weiße Haus, beide Häuser des Kongresses sind in der Hand der Republikaner, und das höchste Gericht, den Supreme Court, kann Trump durch die Ernennung konservativer Richter in seine Richtung lenken. Hatte je ein amerikanischer Präsident so viel Macht?

**Bruce Ackerman:** Auch wenn Sie es mir nicht glauben: Bis zum Zweiten Weltkrieg waren amerikanische Präsidenten relativ machtlose Politiker. Regiert hat der Kongress. Im Jahr 1939 hatte der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt gerade einmal sechs Mitarbeiter im Weißen Haus. Donald Trump begreift gerade, dass er über 4000 Stellen in der Regierung besetzen muss. In den vergangenen vierzig Jahren haben die Präsidenten das Weiße Haus immer mehr zu einer hochpolitisierten Machtzentrale ausgebaut. Sie beschäftigen einen riesigen Stab von superloyalen Mitarbeitern, die allein ihnen verantwortlich sind. Diesen Superloyalen fällt es leicht, die Ratschläge von Experten oder die unparteiische Erfahrung der Ministerien zu ignorieren. Sie sind allein dem Präsidenten verpflichtet und verlassen mit ihm das Weiße Haus. Regieren wird so immer politisierter und ideologischer. Und immer mehr hängt allein von Präsidenten und seinen Leuten ab.

**ZEIT:** Schon im Jahr 2010 haben Sie geschrieben, das Amt des Präsidenten habe sich in eine »Plattform für charismatischen Extremismus, bürokratische Gesetzlosigkeit« und »destruktiven Radikalismus« verwandelt. Was ist aus der Gewaltenteilung geworden, dem uramerikanischen System von Checks and Balances?

**Ackerman:** Die Über-Zentralisierung der Macht im Weißen Haus ist die Folge der dramatischen Ausweitung der Staatsaufgaben seit dem Zweiten Weltkrieg und des Aufstiegs der USA zur einzigen Weltmacht mit ihrer militärischen Hegemonie. Alle Präsidenten seit Ronald Reagan haben ihre Macht systematisch ausgebaut, am sichtbarsten vielleicht George W. Bush mit der Ausweitung

der Exekutivgewalt im sogenannten Krieg gegen den Terror.

**ZEIT:** Hat auch Barack Obama die Machtkonzentration im Weißen Haus vorangetrieben?

**Ackerman:** Ja, er hat fortgesetzt, was Reagan, Clinton und Bush begonnen haben. Es gibt im Weißen Haus seit etwa dreißig Jahren eine Abteilung, die alle Behörden

der US-Bundesregierung zentral steuert, das Office of Information and Regulatory Affairs (OIRA). Alle wichtigen Vorschriften, alle größeren Projekte der Behörden müssen vom OIRA genehmigt werden. In dieser Abteilung arbeiten keine Lebenszeitbeamte, sondern Vertraute des Präsidenten, politische Mitarbeiter, die von ihm ernannt werden. So kann der Präsident tief in die Arbeit aller Teile der US-Regierung eingreifen, am Parlament vorbei, ohne öffentliche Kontrolle. Das ist eine weitere dramatische Politisierung und Zentralisierung.

**ZEIT:** Gilt das auch für die Außenpolitik?

**Ackerman:** Absolut. Die Rolle des Außenministers hat sich auf grundlegende Weise verändert. Sowohl Hillary Clinton als auch John Kerry waren Krisenmanager, reisten ständig um die Welt, versuchten die brennendsten Probleme des Augenblicks zu lösen. Aber wer kümmert sich um die langen Linien, das strategische Denken? Nicht mehr das Außenministerium, sondern die Leute, die täglich Zugang zum Präsidenten haben, der Nationale Sicherheitsberater und die Chefs der Geheimdienste. Da gibt es eine klare Tendenz zur Militarisierung der Außenpolitik.

**ZEIT:** Auch unter Obama?

**Ackerman:** Er war zurückhaltender als seine Vorgänger, aber unter Trump kann sich das ändern. Vor allem aber hat Obama die Militärschläge gegen den IS ohne Zustimmung des Kongresses angeordnet. Das ist beispiellos.

**ZEIT:** Der Präsident ist der Oberbefehlshaber.

**Ackerman:** Natürlich, und er kann Militärschläge befehlen. Aber wenn diese länger andauern, muss er den Kongress um Zustimmung bitten. Obama hat das nicht getan. Das ist ein fundamentaler Rechtsbruch. Trump könnte sich darauf berufen.

**ZEIT:** Nehmen wir einmal an, Donald Trump macht einige seiner Ankündigungen aus dem Wahlkampf wahr und ordnet an, Muslime zu registrieren, die Folter wieder einzuführen oder Militärschläge ohne Rücksicht auf zivile Opfer zu befehlen – wer könnte ihn stoppen?

**Ackerman:** Lassen Sie uns die Themen einzeln durchgehen. Unsere Militärgerichte sind großartige Institutionen des Rechts. Das haben sie immer wieder bewiesen. Also würde ich annehmen, dass sie Kriegsverbrechen anklagen würden.

**ZEIT:** Sie würden sich Befehlen des Präsidenten widersetzen?

**Ackerman:** Es gäbe jedenfalls keine automatische Implementierung solcher Befehle, es gäbe systematischen juristischen Widerstand, und all das stünde auf den Titelseiten der Zeitungen. Auch das ist eine Form von Checks and Balances.

**ZEIT:** Was, wenn Donald Trump Journalisten verhaften ließe – oder, wie im Wahlkampf behauptet, Hillary Clinton?

**Ackerman:** Lassen wir Hillary Clinton mal beiseite, das ist, denke ich, nur Rhetorik gewesen. Am Ende landen alle diese Dinge beim Supreme Court, dem höchsten Gericht der Vereinigten Staaten. Und die Richter dort sind keine Handlanger von Trump, auch die nicht, die von ihm ernannt werden. Ich nehme an, dass der Supreme Court in den nächsten Jahren in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und in der Abtreibungsfrage den Kurs ändern wird. Da werden sie viel zerstören. Aber auch der »konservative« Supreme Court der vergangenen 15 Jahre hat die Meinungsfreiheit nachdrücklich verteidigt. Wer weiß, was Präsident Trump tun wird, aber ich vermute, beim Schutz der Meinungsfreiheit werden konservative und liberale Richter vereint stehen.

**ZEIT:** Das gilt auch bei der Folter?

**Ackerman:** Nein. Die Bilanz des Supreme Courts im Umgang mit dem Lager in Guantánamo ist nicht befriedigend. Vor allem hat der Supreme Court nicht aggressiv darauf gedrängt, dass die unteren Gerichte den Guantánamo-Häftlingen den notwendigen Schutz gewähren. Wir werden sehen, was geschieht, aber ich habe wenig Zutrauen in die Energie des Gerichts in diesem Feld.

**ZEIT:** Und bei der Registrierung von Muslimen?

**Ackerman:** Aktuell wird darüber diskutiert, ob Trump eine spezielle Meldepflicht für künftig einwandernde Muslime einführen könnte. Ich denke, dem würde sich das Gericht entgegenstellen, auch mit neuen, von Trump ernannten, Richtern. Dass der Supreme Court in den vierziger Jahren, während des Zweiten Weltkriegs, die Internierung von Japanern zugelassen hat, gilt allgemein als eine seiner schlimmsten Entscheidungen. Hier geht es um die absolute Kernfrage: Lassen wir religiöse

Erniedrigungen zu? Ich nehme an, dass das Gericht das ablehnen würde.

**ZEIT:** Besteht nicht das fundamentale Problem, dass der Präsident rasch handeln kann, die Gerichte aber immer Zeit brauchen?

**Ackerman:** Der Supreme Court kann schnell handeln. Wenn er will. Erinnern Sie sich an den Streit zwischen George W. Bush und Al Gore über den Wahlsieg in Florida? Da war das Gericht extrem schnell. Ich weiß das genau, ich war damals einer der Anwälte von Gore. Aber natürlich, am Ende ist

**ZEIT:** Ihr Kollege David Cole hat kürzlich in der *New York Review of Books* geschrieben, Donald Trump könne genauso gestoppt werden wie letztendlich George W. Bush, durch Demonstrationen, Klagen, Proteste aus dem Ausland, das Leaken wichtiger Dokumente ...

**Ackerman:** Nein, nein, daran glaube ich gar nicht. Langfristig bin ich optimistisch: Die Linke und die Mitte in den USA sind mobilisiert und in einer viel besseren Position, die Präsidentschaftswahlen in vier Jahren zu gewinnen. Aber kurzfristig wird



Bruce Ackerman

Bruce Ackerman, 1943 in New York geboren, ist einer der führenden US-Verfassungsrechtler.

Im Streit um die Auszählung der Wahl 2000 im Bundesstaat Florida gehörte er zu den juristischen Beratern des Kandidaten Al Gore.

Aktuell vertritt Ackerman einen Captain der U. S. Army in einem Rechtsstreit gegen die Regierung Obama. Der Jurist argumentiert, Obama führe illegal Krieg gegen den IS.

ANZEIGE

## !Pflegerereform

# 2017

einfach erklärt

[www.sanubi.info](http://www.sanubi.info)

030 555 78 50 83

sanubi

es der Präsident der Vereinigten Staaten, der den Atomknopf drücken kann, und dann werden alle juristischen Fragen rein akademisch. Dann kommt es nur noch auf den Charakter des Präsidenten an. Und die Generäle werden gehorchen.

**ZEIT:** Nun behaupten viele, es werde alles schon nicht so schlimm kommen, noch kein Präsident hätte seine Pläne ungestört durchsetzen können, alle bekämen es mit der Bürokratie zu tun, mit dem Widerstand des Parlaments, mit öffentlicher Kritik, und am Ende blieben immer nur Kompromisse. Teilen Sie diese Hoffnung?

**Ackerman:** Natürlich wird es Kompromisse geben. Aber Trump und der Kongress werden die Debatte dramatisch verändern, sie werden radikale Vorschläge machen, und wenn dann die Kompromisse beginnen, bleiben immer noch fundamentale Veränderungen.

es furchtbar. Und die Vorstellung, das Volk könnte das ändern, ich könnte mit meinen Aufsätzen oder Interviews etwas ändern ... (lacht) Nein, es gibt da etwas, das heißt »politische Gewalt«. Wir haben sie nicht.

**ZEIT:** Am Ende hängt alles von den Gerichten ab?

**Ackerman:** Von den Gerichten. Und von Europa.

**ZEIT:** Von Europa?

**Ackerman:** Natürlich. Es ist ein Fehler, nur herumzusitzen und abzuwarten, wie schlimm Trump wirklich wird. Ich weiß, dies ist kein guter Moment, von Europa politische Führung zu fordern, aber Europa muss führen. Ach, es ist eine schreckliche Zeit für den Westen, für die Aufklärung! Glauben Sie mir, es ist wirklich ernst!

Die Fragen stellte Heinrich Wefing